



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914

Friedjung, Heinrich

Berlin, 1919

XIV. Der ferne Osten, der Balkan und Österreich-Ungarn 1897 - 1904

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73514](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73514)

XIV

Der ferne Osten, der Balkan und
Österreich = Ungarn 1897 — 1904

alen
ums
e es
aber
Ver-
mm,
d in
mp-
unds
die
nzö-
das
wal-
land
auch
ben,
achte
1904
ulast
3 an
ten-
des
die
Bri-
See-
ahr-

* XIV. Der ferne Osten, der Balkan und Österreich-Ungarn 1897—1904 *

Die sibirische Eisenbahn. Port Arthur.	327
Der Bogeraufstand	329
Rußland, die asiatische Vormacht.	335
Englisch-japanisches Bündnis	337
Österreich-Ungarns innere und äußere Politik. . .	340
Russische und österreichische Balkanpolitik. Mazedonien.	346
Ausbruch des russisch-japanischen Krieges.	352

Der Diplomatie und den Heeren Rußlands waren durch die Natur zwei große Manövrier- und Schlachtfelder zugewiesen, eines auf der Balkanhalbinsel, das andere im fernen Osten. Abwechselnd hat das Zarenreich hier und dort seine Kräfte eingesetzt. Doch galt es in Petersburg stets als Gebot der Staatsklugheit, nicht gleichzeitig im Westen und im Osten einen Feind zum Kampfe herauszufordern. Diese Regel wurde so sorgfältig eingehalten, daß die Zaren nie in die Lage kamen, zur selben Zeit an mehreren Fronten zu fechten — etwa wie Frankreich während der großen Revolution oder gleich Österreich und Preußen unter Maria Theresia und Friedrich II. Rußland hatte sich jederzeit sorgfältig zu hüten, es auf diese schwerste aller Kraftproben ankommen zu lassen. In solcher Erwägung schloß der Zar, als er in Ostasien auf Eroberungen ausging, 1897 mit Österreich-Ungarn den Petersburger Vertrag, wodurch Rußland an seiner Westgrenze gedeckt war (Seite 162).

*

Die sibirische Eisenbahn. Port Arthur

Für die Ausdehnungspolitik im Osten formte, wie oben erzählt wurde, Fürst Uchtomskij die Ideen, denen sich Nikolaus II. mit derselben Wärme hingab wie andrerseits der Friedenspropaganda des Staatsrates Swan Bloch. Das eine ergänzte, wie wir wissen, das andere: während die Nationen der Erde sich an der am 24. August 1898 ergehenden Einladung zu einer Weltfriedenskonferenz erfreuten, setzten die russischen Vordringen fort. Die einfachen und großen Linien der russischen Politik

wiesen zu den letzten Fernen der östlichen Halbkugel. Nach einer Unterredung mit dem Zaren schrieb der Reichskanzler Fürst Hohenlohe am 6. September 1896 in sein Tagebuch: „Als seine Hauptaufgabe bezeichnete der Kaiser die russische Politik in Ostasien und die Vollendung der sibirischen Bahn.“ Auf Abenteuer jedoch wollte sich Nikolaus nicht einlassen und er wies in demselben Gespräch den Gedanken der Eroberung Indiens von sich.

Die sibirische Bahn ist ein Beispiel, wie unerwartet sich in der Weltpolitik die Ausblicke verschieben. Jener Schienenstrang war als Werkzeug der Eroberung des fernen Ostens gedacht und leistete zu diesem Zwecke im Kriege mit Japan gute Dienste. Im Weltkriege jedoch wurde er das unentbehrliche Mittel zur Verteidigung der Westgrenze Rußlands, da ohne die sibirische Bahn aus Nordamerika und Japan nicht die unentbehrlichen Vorräte an Waffen und Munition hätten eingeführt werden können. Ursprünglich war Wladiwostok als Endpunkt der Bahn in Aussicht genommen, um die Schienen ausschließlich in den Boden des Zarenreiches senken zu können. Die erste Hälfte der Linie bis zum Baikalsee durchmaß Strecken, die schon seit mehreren Menschenaltern unter russischer Herrschaft standen; auch Transbaikalien hatte noch zahlreiche Ansiedelungen; dann aber dehnte sich bis zum Großen Ozean die unwegsame und menschenarme Amurprovinz aus, deren Durchquerung bis nach Wladiwostok große Geldopfer erforderte. Schon hatten die Schienen den Baikalsee erreicht und die Linie bis an den Ozean war bereits in die Karten eingezeichnet, als sich durch die Erfolge der russischen Diplomatie alles leichter gestaltete. Durch den Vertrag mit China 1896 erhielt eine russische Gesellschaft die Befugnis, die sibirische Bahn durch die Mandchurei bis Port Arthur fortzusetzen, also durch ein fruchtbares, viel versprechendes Land. Zwei Jahre später wurde das hilflose Reich der Mitte genötigt, Port Arthur mit der Halbinsel Liaotung an Rußland abzutreten. Der Hafen von Port Arthur ist das ganze Jahr eisfrei, seine Erwerbung wäre einen Krieg wert gewesen, gelang aber durch Bestechungen und Drohungen. In den nächsten Jahren wurde er durch mächtige Bauten in einen Kriegshafen umgestaltet, während das nahe Dalny dem Handel diente. So also zog die große Eisenbahn durch Sibirien über Charbin nach der Mandchurei und gabelte sich hier, um im Norden Wladiwostok, im Osten aber Port Arthur zu erreichen. Die Seefestung sollte durch eiserne Bande an Rußland ge-

schmiedet werden. So wichtig war dieser Kriegshafen, daß es fast Verschwendung schien, daneben auch den Riesenflügel der Bahn nach Wladiwoostok zu bauen. Da stürzte durch den Krieg mit Japan der ganze Plan zusammen, Port Arthur ging verloren. Somit wurde Wladiwoostok mit der nördlichen Bahnstrecke wieder unentbehrlich.

*

Der Boxeraufstand

Die zwei Hauptvölker der gelben Rasse wurden durch diese Vorgänge an empfindlichen Nerven getroffen. Japan, das im Kriege mit China 1894 Port Arthur erobert hatte und dem es durch einen Bund von drei europäischen Großmächten entrissen worden war, sah sich doppelt geschädigt, zuerst durch die notgedrungene Rückgabe des Places an China, dann durch dessen Auslieferung an Rußland. Damit glaubte sich Nippon auf seinen Inseln bedroht. Jener Waffenplatz war aber nicht der einzige von China erlittene Verlust; denn Deutschland nahm sich um dieselbe Zeit Kiautschou, England und Frankreich jedes einen gut gelegenen Hafen. Das waren für den Nationalstolz der Chinesen harte Schläge. Die Ereignisse bewirkten in Japan straffe Zusammenfassung aller Kräfte, eine Rüstung, die sich auf den Gegenstoß vorbereitete; in China dagegen stellte sich Zerfetzung ein, begleitet von fieberischen Zuckungen des Volkskörpers. Die Lockerung der Ordnung und Zucht im Reiche der Mitte kam dann wieder Rußland zugute, dem sich China wie von selbst öffnete.

Als China im Kriege von 1894 auf 1895 durch Japan besiegt wurde, bemächtigte sich der besten Geister im unterlegenen Volke die Überzeugung, das Reich könne nur durch das Einströmen europäischer Bildung vom Untergange gerettet werden. Die Reformpartei, deren Führer Kang-Huwei war, einer der besten Köpfe Chinas, gewann 1896 auf den Kaiser Kwang-sü maßgebenden Einfluß. Eine Flut von Neuerungen, besonders im Unterrichtswesen, brach über China herein: wie in Japan sollte in größter Schnelligkeit das durch Jahrhunderte Versäumte nachgeholt werden. Abereilungen mögen vorgekommen sein, aber nicht sie wurden den Reformern verderblich, sondern der Unwille

der bisher herrschenden Mandschus, die durch die neue Ordnung in Ämtern, Ehren und Reichtümern verkürzt wurden. Berechtigter war der gegen das neue System erhobene Vorwurf, daß seine äußere Politik kläglich war, daß unter ihm wichtige Häfen und Gebiete vom Reiche losgerissen wurden. Eine Verschwörung bildete sich, an deren Spitze sich die Kaiserin-Witwe Tschu-Hsi stellte. Als Yuanschiklai, dessen Treue der Herrscher vertraute, ihn verriet, war für diesen alles verloren. Durch eine Palastrevolution wurde Kaiser Kwangsü 1898 gefangen-gesetzt, eine Reihe seiner Ratgeber hingerichtet, der edle Rang-Yuweï konnte sich noch auf ein englisches Kriegsschiff retten. Zwar wurde das Leben des Kaisers geschont und er dem Namen nach in seiner Würde gelassen. Er blieb aber bis an seinen Tod in vergoldeter Gefangenschaft, stets des Todes gewärtig, vergrämt und förmlich zusammenschrumpfend. Zum Regenten wurde Prinz Tuan erhoben, in Wirklichkeit aber herrschte die Kaiserin-Witwe, deren Ansehen so überragend war, daß sie im Volke gewöhnlich die große Buddha genannt wurde.

Kaiserin Tschu-Hsi war eine ungewöhnliche Frau. Schon einmal hatte sie durch lange Jahre das Reich regiert. Ihr Gatte, Kaiser Hienfong, war 1861 gestorben; sie herrschte an Stelle ihres minder-jährigen Sohnes, des Kaisers Tungtschih, nachdem sie ihre Gegner in den Tod geschickt hatte. Als ihr Sohn 1875 starb, wurde von der energischen Kaiserin-Mutter unter Taten der Gewalt wieder ein Kind aus der regierenden Familie auf den Thron gesetzt, eben der Kaiser Kwangsü, so daß sie 1861 bis zu dessen Volljährigkeit 1889 tatsächlich die Herrschaft innehatte. Unerklärt ist, daß sie am Schlusse dieses Zeitraumes ohne Widerstreben hinter den kaiserlichen Knaben zurücktrat. Sie schien von da ausschließlich dem Kunstgenuß und der Pflege der Literatur hingegeben, denn sie war die echte Tochter der alten chinesischen Bildung, europäischem Wesen dagegen fremd. Aber sie wartete nur ihre Zeit ab, um Kwangsü vom Throne zu stoßen¹⁾.

Als sie 1898 wieder die Zügel ergriff, war China durch einen unglücklichen Krieg gedemütigt, durch den Verlust wichtiger Häfen verkleinert, das Volk durch das nationale Unglück im Innersten aufgewühlt. Im Gegensatz zur Reformpartei bildeten sich im ganzen Reiche patriotische Gesellschaften, die das Heil von der Rückkehr zum Glauben und zur Sitte der Väter erhofften. Hier wurde wütender Haß gegen

¹⁾ J. O. Bland und E. Bladhuse, „China under the Empress Dowager“.

die Fremden und das Christentum genährt. Waffen wurden gesammelt, Tausende und aber Tausende übten sich, um den Kampf mit den „weißen Teufeln“ aufzunehmen, im Turnen und Fechten. Die Übungen wurden von den Fremden beobachtet und die Teilnehmer von den Engländern geringschätzig die Boyer genannt. Dieser seltsame Name blieb der nationalen Partei, die, von patriotischen Motiven geleitet, auch die wilden Triebe der chinesischen Natur entfesselte.

Im Mai 1900 brach das Ungewitter los. Der Aufstand, dem sich neben den Fanatikern alles zuchtlose Gesindel im Lande anschloß, begann mit der Vertreibung der bei den Bahnbauten beschäftigten europäischen Ingenieure und wandte sich dann gegen die christlichen Missionen. Gegen 30 000 einheimische Christen, mit ihnen 300 Weiße wurden niedergemetzelt. Die europäischen Gesandten forderten von der Regierung der Kaiserin-Witwe strenge Maßregeln zum Schutze ihrer Staatsangehörigen, welchem Verlangen anscheinend willfahrt wurde. Befehle zum Niederhalten der Bewegung ergingen an die Behörden, doch zog die Regierung neben den Greuelthaten der Boyer auch das in Betracht, was sie zum Wohle des Vaterlandes erstrebten. Die Kaiserin war nicht willens, sich der nationalen Erhebung entgegenzustellen; sie fürchtete nur die Macht Europas und wollte es nicht zum Kampfe herausfordern. Daraus ergab sich ein Doppelspiel, das jedoch mehr vom Bewußtsein der eigenen Schwäche, als von Treulosigkeit eingegeben war. Die europäischen Gesandten, Schlimmes ahnend, entboten zu ihrer Sicherheit den englischen Admiral Seymour mit den 2000 Soldaten, die er im Hafen von Taku bei sich hatte, nach Peking. Die Aufständischen warfen sich jedoch Seymour in den Weg und er sah sich sogar in Taku bedroht. Er mußte zuerst den Hafen fest in die Hand bekommen, was auch durch Beschießung der Forts gelang. Diese Kriegshandlung aber und der Fall der Forts wurden von der chinesischen Regierung als Feindseligkeit betrachtet, und sie forderte am 19. Juni 1900 die Gesandten auf, Peking binnen 24 Stunden zu verlassen. Das wäre auch beim besten Willen unmöglich gewesen, da das Land von wilden Banden durchzogen und beherrscht war. Nun machte der deutsche Gesandte Freiherr Clemens von Ketteler den Versuch, einen Ausgleich herbeizuführen, und ließ sich in einer Sänfte in den Tsungli Namen, das Ministerium des Außern, tragen; auf dem Wege dahin wurde er jedoch am 20. Juni von einem chinesischen Soldaten erschossen. Ganz Peking stand in

Aufruhr, so daß sich die Gesandten, vom Tode bedroht, mit Frauen und Kindern in die englische Botschaft, einen festen Platz, flüchteten; ihr Schicksal wurde von den Japanern geteilt, gegen die sich die Volkswut gleichfalls kehrte. Hier hielten sich die Belagerten, im ganzen 700 Personen, durch mehrere Wochen gegen die feindlichen Angriffe, denen zum Glück die rechte Wucht fehlte, da die einsichtigen Chinesen von dem das Völkerrecht mit Füßen tretenden Beginnen abrieten, die Fanatiker aber nicht die volle Staatsgewalt in Händen hatten.

Die Kunde von der Ermordung Kettlers, die den deutschen Kaiser am 27. Juli zu Bremerhaven traf, erweckte in ihm die allgemeine Befürchtung, alle Europäer in Peking würden der Wut der Boger zum Opfer fallen; das Gerücht behauptete sogar, sie wären bereits niedergemetzelt. Der Kaiser war empört und hielt in dieser Stimmung, eine halbe Stunde nach dem Empfang jener Nachricht, an eine zur Abfahrt nach Ostasien bestimmte Truppenabteilung die unglückliche Ansprache, die unter dem Namen der Hunnenrede bekannt ist. Er sagte unter anderem: „Ihr sollt das schwere Unrecht, das geschehen ist, sühnen... Ihr wißt es wohl, ihr sollt fechten gegen einen verschlagenen, tapfern, gut bewaffneten und grausamen Feind. Kommt ihr an ihn, so wißt: Pardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht! Führt eure Waffen so, daß auf tausend Jahre hinaus kein Chinese mehr es wagt, einen Deutschen scheel anzusehen. Wahr! Mannszucht! Der Segen Gottes sei mit euch!“ Der gerechte Zorn des Kaisers hatte sich in diesem Ausbruch übereilt entladen.

Zum Glück wurde das Schlimmste abgewendet. Admiral Seymour erhielt von mehreren Seiten Verstärkungen, die ausgiebigste durch eine Division Japaner. So konnte er mit 20 000 Mann von Tientsin, wo er anfangs selbst bedrängt worden war, nach Peking aufbrechen. Die Hauptstadt wurde von seinen Truppen am 14. August besetzt, womit die Europäer befreit waren.

Der Aufstand der Boger brachte den Russen unverhofften Gewinn. Bewaffnete Banden trieben ihr Unwesen nicht bloß im eigentlichen China, sondern auch in der Mandschurei, mordend und sengend zogen sie durchs Land. Der Bau der großen Eisenbahn nach Port Arthur erlitt dadurch eine Unterbrechung. Darauf ließ der Zar eine größere Truppenmacht in die Mandschurei einrücken, die sich des ganzen Landes bemächtigte, auch der Teile, die für den Eisenbahnbau nicht in Betracht kamen. Bei der Unterdrückung der Unruhen wurde mit furcht-

barer Strenge vorgegangen. Daß war schwer anders möglich, doch ließen sich die Russen eine Bluttat zuschulden kommen, die zu den schlimmsten aller Zeiten gehört. Ihr Schauplatz war nicht einmal die im Aufstande befindliche Mandschurei, sondern die sibirische Stadt Blagoweschtschensk, die am Grenzstrom Amur liegt. Auf der chinesischen Seite des Flusses tauchten im Juli 1900 Banden auf, Schüsse wurden gewechselt. Dies versetzte den russischen Gouverneur in solche Furcht vor einem Überfall, daß er den Befehl erteilte, sämtliche in Blagoweschtschensk angesiedelte Chinesen aus der Stadt zu treiben. Aber den Amur führte keine Brücke, und so wurden etwa 8000 Menschen, Männer, Weiber und Kinder, von den Kosaken, die hierzu den Auftrag hatten, erbarmungslos in den Strom getrieben, wo sie den Tod fanden. Eine Mordtat, die nie eine Sühne gefunden hat.

Als aber die Mandschurei von den Truppen des Zaren besetzt war, änderte die russische Regierung ihr Verhalten gegen die Chinesen vollständig. Sie hatte die Beute im Trockenen, auch waren die russischen Staatsangehörigen zu Peking in Sicherheit gebracht. Sie erklärte nun, mit der Besetzung Peking's sei der Ehre genug getan, man müsse jetzt Rücksicht auf die chinesische Volksseele nehmen, müsse zur Beruhigung der aufgeregten Gemüter die Hand bieten. Daß Peter'sburger Kabinett verfolgte den Zweck, sich mit der chinesischen Regierung über die Mandschurei so zu verständigen wie vordem über Port Arthur: die jetzt geleisteten guten Dienste sollten dem Hofe von Peking zu Gemüte führen, daß er an Rußland einen Schützer finden könne, wenn dessen Freundschaft durch die Überlassung der Mandschurei erkaufte werde. Dabei wahrte Rußland Europa gegenüber den guten Schein. Als Kaiser Wilhelm dem Zaren Anfang August 1900 den Vorschlag machte, dem Grafen von Waldersee den Oberbefehl über alle gegen die Boxer aufgebotenen Truppenteile zu übertragen, erklärte sich Nikolaus einverstanden; Ende August aber berief er die russischen Truppen aus Peking zurück, um den Chinesen einen Beweis seiner Friedenswilligkeit zu geben.

Dieser Schachzug setzte die deutsche Regierung in Verlegenheit. Noch war für die Ermordung des deutschen Gesandten keine Genugtuung geleistet, ebensowenig wie für manchen gegen Japan verübten Frevel. Die Kaiserin-Wittve war beim Anmarsche der Entsatztruppen aus Peking geflüchtet, den Schattenkaiser und ihren Hofstaat mit sich nehmend. Sie blieb auf der Seite ihres gedemüthigten Volkes, von dem sie sich

auch nicht trennte, als sie auf der Flucht nach Westen Entbehrungen erlitt. Deshalb genoß sie die Verehrung der Massen und wartete fern von Peking bessere Tage ab, die bei der Uneinigkeit der feindlichen Mächte doch kommen mußten. Somit konnte die deutsche Regierung nicht an das offizielle China heran; von Rußland im Stiche gelassen, blieb ihr nichts übrig als die Verständigung mit England. So kam es am 16. Oktober 1900 zu einem Abkommen zwischen Berlin und London, einem bemerkenswerten, aber bald vorübergehenden Zwischenspiel.

Durch diesen Vertrag erreichte Deutschland die Fortsetzung des Krieges gegen China, doch stand in der Vereinbarung nichts von dieser Hauptabsicht, sie stellte nur die Grundsätze fest, gemäß deren die zwei Mächte nach dem Kriege in China vorgehen wollten. Sie einigten sich, den Gebietsstand des chinesischen Reiches unvermindert zu erhalten, und verzichteten für sich auf jedwede Vergrößerung. Sie erklärten weiter, daß es ihr gemeinsames und dauerndes Interesse sei, die an den Küsten und Flüssen Chinas liegenden Häfen allen Nationen ohne Unterschied frei und offen zu halten; darin lag auch die Zusicherung Englands, daß es im Gebiete des Yangtsekiang nicht Sonder Vorteile für sich in Anspruch nehmen werde (Seite 153). Endlich behielten sich Deutschland und Großbritannien neue Vereinbarungen vor, für den Fall, daß eine andere Macht die Wirren zu einem Gebietszuwachs benützen sollte. Diese Bestimmung hatte eine Spitze gegen Rußland und war auf Wunsch des Londoner Kabinetts aufgenommen, um das Zarenreich vor weiterem Ausgreifen abzuhalten.

Am 23. September übernahm Waldersee den Oberbefehl über die fremden Streitkräfte in China, insgesamt 63 000 Mann, darunter 24 000 Deutsche. Die chinesische Regierung hoffte den Feind zu ermüden und rechnete auf die großen Entfernungen, die er zu überwinden hatte. Indessen wurde eine Reihe von Streifzügen bis an die chinesische Mauer mit vollem Erfolg ins Werk gesetzt. Endlich ließ sich China herbei, um Frieden zu bitten, der am 23. Mai 1901 gewährt wurde. Gebietsverluste wurden dem Reich der Mitte nicht auferlegt, wohl aber eine Entschädigung von 1350 Millionen Mark, zahlbar in 39 Jahren. Auch verpflichtete sich China, nach Berlin und Tokio Gesandtschaften zur Sühne der begangenen Morde zu senden. In Berlin erschien Prinz Tschun, der Bruder des Kaisers. Es wurde an ihn das seltsame Ansinnen gestellt, vor dem deutschen Kaiser den Rotau, den Fuß-

fall zu machen, der die den chinesischen Herrschern vorbehaltenen Ehrenbezeigung war. Das lehnte der Prinz ab, drückte jedoch in geziemenden Worten das Bedauern über den Aufstand und die Ermordung des deutschen Gesandten aus.

*

Rußland, die asiatische Vormacht

Unterdessen fuhr die russische Regierung mit der Anbiederung an China fort. Sie verwendete sich bei den Friedensverhandlungen für möglichst günstige Bedingungen und auch dafür, daß das eigentliche China so bald wie möglich von den fremden Truppen geräumt werde. Dagegen breitete sich Rußland immer mehr in Korea aus, obwohl dies dem mit Japan 1896 geschlossenen Vertrag schnurstracks zuwiderlief. Auch richtete es sich in der Mandschurei häuslich ein, wobei es von Zeit zu Zeit in Peking das nie ernst gemeinte Versprechen gab, das Land an China zurückzustellen, sobald daselbst die Ruhe wieder hergestellt wäre. Die chinesische Regierung wußte, was von solchen Zusagen zu halten war, aber sie hatte nähere Sorgen, denn die Räumung Peking's und der Gebiete bis an die große Mauer war ihr wichtiger als die der Nordprovinz; sie ließ sich also die guten Dienste des Zaren gern gefallen. So überschattete der Einfluß Rußlands in Peking jeden anderen, und die von ihm in Port Arthur gesammelte Flotte war eine Mahnung auch für Nippon, es sei auf seiner Insel nicht gerade sicher.

Das war noch nicht der ganze Vorteil, den Rußland aus der ihm günstigen Weltlage zog. Denn England hatte sich in Südafrika festgerannt, Österreich-Ungarn war mit seinen inneren Angelegenheiten beschäftigt, ganz Europa durch die Berufung des Friedenskongresses förmlich eingeschlafert. Unterdessen drang Rußland wie in der Mandschurei, so auch in Tibet und in Persien gewaltig vor: alles ging ihm in diesen Jahren nach Wunsch.

In Tibet besaß China zwar die nominelle Oberhoheit, diese aber schrumpfte infolge der äußeren und inneren Verlegenheiten des Reiches zum Schatten zusammen. Der Beherrscher Tibets, der Dalai Lama, sah sich nach einer anderen Stütze um. Nun wurde er auch in Sibirien

von den buddhistischen Klöstern als geistliches Oberhaupt verehrt. Von dort kam ein Mönch, namens Dorschjew, nach Tibet und leitete als Mann, der viele Länder und Völker kannte, seit 1897 die auswärtigen Geschäfte des Dalai Lama. Dieser Sibirier nun bestimmte seinen Herrn, sich von der chinesischen Oberhoheit loszusagen, auch wurde er 1900 mit einer Gesandtschaft nach Petersburg geschickt und überreichte dem Zaren die sonst dem chinesischen Kaiser dargebrachten Geschenke. Damit rückte die russische Gefahr dem englischen Reiche in Indien immer näher.

So auch von Persien her. Hier wurden die Engländer zuerst im Finanzwesen beiseitegeschoben. Der Schah hatte 1892 in London eine Anleihe aufgenommen und dafür gewisse Einnahmen verpfändet. Im Jahre 1900 aber schloß er mit der russischen Regierung einen Vertrag, demgemäß ihm 22,5 Millionen Rubel vorgestreckt wurden unter der Bedingung, daß er den englischen Banken die Schuld zurückzahle und sich verpflichte, durch 75 Jahre ausschließlich bei russischen Banken Anleihen zu machen. Es lag Humor darin, daß das geldarme Rußland die reichen Briten in Persien förmlich auskaufte, natürlich mit französischem Kapital. — Auch militärisch geriet Persien in Abhängigkeit vom Zaren. Nach einem 1903 getroffenen Abkommen stellte Persien aus Landesföhnen eine sogenannte Kosakenbrigade auf, mit russischen Offizieren an der Spitze; ihr Führer, ein russischer General, unterstand formell gleichzeitig dem russischen Gesandten und dem Großwesir. Danach war der Schah nicht mehr Kriegsherr in seinem Lande. Noch unangenehmer war es den Engländern, daß die Russen ihr Augenmerk auch auf die Küste Südperisiens warfen. Im Jahre 1903 wurde eine von Odessa in den Persischen Golf führende Dampferlinie mit Staatshilfe eingerichtet, auch russische Kriegsschiffe erschienen in jenen Gewässern.

So stieg Rußland 1903 zur höchsten Stufe der Macht empor, die es jemals erreicht hatte. Die slawischen Staaten des Balkans fügten sich den Winken des Zaren, der bis an den Großen Ozean und an den Persischen Meerbusen gebot. Aber schon stand der Rächer bereit, der Starke fand an Japan den Stärkeren.

*

Englisch-japanisches Bündnis

Zur Abwehr fanden sich Albion und Nippon von selbst zusammen. Da die Russen noch fern vom Indus standen, während die japanischen Inseln von den Küsten Koreas und der Mandschurei leicht zu erreichen sind, drängte sich der Gedanke des Bündnisses den japanischen Staatsmännern gebieterischer auf als den englischen. Der Gesandte Nippons in London, Graf Hayaschi, regte die Sache im Sommer 1901 beim britischen Staatssekretär des Außern, Lansdowne, an¹⁾. Nun hatte die englische Regierung den Vertrag vom 16. Oktober 1900 mit Deutschland in der Hoffnung geschlossen, das Deutsche Reich werde sich bestimmen lassen, sich gegen Rußland zu wenden. Wenn das Berliner Kabinett vom Zaren die Abberufung seiner Truppen aus der Mandschurei verlangte, so stand hinter dieser Forderung außer Japan auch die stärkste Landmacht wie die stärkste Seemacht: Rußland mußte dann wohl oder übel nachgeben. Die antirussische Politik hatte in der deutschen Diplomatie manche Fürsprecher. Freiherr von Eckardstein, der deutsche Geschäftsträger in London, war für sie eingenommen und legte dem Gesandten Hayaschi nahe, auf ein Bündnis Japans zugleich mit Deutschland und mit Großbritannien hinzuwirken. Eckardstein erhielt jedoch nicht die Zustimmung der deutschen Regierung. In Berlin mochte man sich nicht mit Rußland überwerfen, am allerwenigsten um der Mandschurei willen. Es schien Donquijoterie, sich als Sturmbock gegen den östlichen Nachbar gebrauchen zu lassen, um am Ende in einen Krieg mit ihm verwickelt zu werden. Die deutsche Regierung wollte also von einem in Petersburg zu machenden Schritte nichts wissen, obwohl England sich auf das Abkommen vom 16. Oktober 1900 berief. In Berlin wendete man ein, der Vertrag beziehe sich nicht auf die Mandschurei, eine Auslegung, die von der englischen Regierung bestritten wurde: die Vorgänge gehörten zu den Ursachen des Erkaltens der deutsch-englischen Freundschaft.

Um so wärmer betrieb Hayaschi das Bündnis mit England. In demselben Sinne war der britische Gesandte in Tokio, Macdonald, tätig

¹⁾ Aus den Denkwürdigkeiten Hayaschis wurde im Herbst 1913 in japanischen und englischen Blättern einiges veröffentlicht, bis die japanische Regierung weitere Mitteilungen verbot. (Schultheß, „Europäischer Geschichtskalender“ 1913, S. 748.)

und fand, als er im Sommer 1901 auf Urlaub in London weilte, bei König Eduard und den Ministern Anklage. Die japanische Regierung stand vor einem folgenschweren Entschlusse. Verband sie sich mit Britannien, so war die Brücke zu Rußland abgebrochen und der Krieg mit dieser Macht rückte unvermeidlich herauf. Japan wollte noch einen letzten Versuch machen, ob ein Ausgleich mit Rußland nicht doch möglich wäre. Von allen Staatsmännern Nippons besaß Marquis Ito als einer der Schöpfer des modernen Japan die größte Vergangenheit, die reichste Erfahrung. Er wurde nach Europa geschickt, um zum Rechten zu sehen. Über Amerika fuhr er nach Paris und von da, ohne London oder Berlin zu berühren, zunächst nach Petersburg. Hier machte er den Vorschlag eines Ausgleiches auf der Grundlage: Korea den Japanern, die Mandschurei den Russen. Dieses Entgegenkommen bot dem russischen Reiche den größten Vorteil; standen doch die russischen Truppen, wenn sie dauernd in der Mandschurei bleiben konnten, immer an den Toren Peking's. Alle Gründe des gesunden Menschenverstandes sprachen für die Einwilligung des Petersburger Kabinetts, aber Herrschsucht und Übermut rissen es zum entgegengesetzten Entschlusse. In einer Unterredung mit dem Grafen Lamsdorff am 30. November 1901 setzte Ito die Gründe für die Verständigung auseinander. Rußland wollte jedoch Korea nicht aufgeben; denn, so sagte Lamsdorff, diese ins Meer vorspringende Halbinsel trenne Port Arthur von Wladiwostok, Rußland könne sich seine Machtentfaltung nicht unterbinden lassen. Damit hatte Ito genug gehört, sein Mißtrauen war womöglich noch stärker geworden. Es war eigentlich auffallend, daß er ein so hohes Angebot machen durfte; deshalb ist vermutet worden, Japan hätte die russische Regierung nur auf die Probe stellen, nur ihre letzten Absichten erforschen wollen. Ihre Unerfättlichkeit ließ keine andere Wahl zu als den Zusammenschluß mit England.

Die Verhandlungen in London waren indessen von Hayaschi weitergeführt worden; als Ito in der britischen Hauptstadt eintraf, brachte er sie zum Abschlusse. Lansdowne erklärte den Japanern, ein Abkommen sei nur möglich, wenn Japan als Gegenleistung sich zum Schutze Indiens gegen einen feindlichen Angriff verpflichtete. War doch die Mandschurei den Briten nur wichtig, weil sie eine Vorhalle nicht bloß zum chinesischen, sondern auch zum indischen Reiche war. Man suchte eine Fassung des Vertrages, um die Interessen Japans in der Mandschurei und in Korea, auf der anderen Seite die Englands

in Indien zu wahren. So einigte man sich auf die Formel, daß sich die zwei Mächte verbanden, „von dem Wunsche beseelt, den Status quo und den allgemeinen Frieden in Ostasien, wie auch die Unabhängigkeit und Integrität von China und Korea aufrechtzuerhalten“. Auf dieser Grundlage wurde das Bündnis am 30. Januar 1902 unterzeichnet. Die zwei Reiche verpflichteten sich, „Maßregeln zu treffen“, wenn „durch aggressives Vorgehen irgendeiner Macht“ jene Interessen bedroht werden sollten. Gerate England oder Japan, so hieß es weiter, im Verlaufe der Ereignisse mit einer jene Interessen bedrohenden Macht in Krieg, so war der Bundesgenosse zu wohlwollender Neutralität verpflichtet. Gesellte sich aber dem Angreifer, also Rußland, noch eine Macht zu — das konnte der Sachlage nach nur Frankreich sein — so war der andere vertragschließende Staat zur Waffenhilfe verhalten. Die Dauer des Abkommens wurde auf fünf Jahre festgesetzt. —

Dem Wortlaut nach wurde bloß ein Verteidigungsbündnis geschlossen, in der Sache aber war der Vertrag eine Sicherung für Japan, wenn es daran ging, die Russen aus Korea und der Mandchurei hinauszuerwerfen; insofern war es eine Allianz zum Angriff. Nippon geriet nicht mehr, wie 1895 nach dem Kriege gegen China, in die Gefahr, sich durch einen Bund mehrerer europäischer Mächte die Früchte eines Sieges entreißen zu lassen. Für diesen Fall hatte es England auf seiner Seite, mit Rußland allein hoffte es aus eigener Kraft fertig zu werden.

Die deutsche Regierung wurde von dem Abschlusse des Vertrages unterrichtet, jedoch nicht zum Beitritt aufgefordert. Das wäre auch vergeblich gewesen. Denn das Berliner Kabinett ging, wie Fürst von Bülow in seinem Buche „Deutsche Politik“ eindringlich darstellt, von dem Gesichtspunkt aus, sich weder mit England noch mit Rußland gegen die andere Macht zu verbinden. In diesem Sinne sagte Bülow am 19. März 1903 im Reichstage: „Es ist und bleibt für mich ein fundamentaler Grundsatz der deutschen Politik, daß wir keine Orientpolitik treiben und in Orient- und Balkanfragen für niemand die Kasanien aus dem Feuer holen.“ Der Grundsatz war ohne Zweifel richtig, er hätte aber nicht ein Bundesverhältnis ausgeschlossen, wie auch England sich durch ein solches nicht nötigen ließ, an dem Kriege gegen Japan teilzunehmen.

Der Vertrag mit Japan flößte England neue Zuversicht ein, zumal es unterdessen mit den Buren fertig geworden war. So trat

es denn auch in Asien fester auf. Es hatte schon die Ausbreitung der Russen im Norden Persiens widerwillig hingenommen, an der Südküste dieses Landes konnte es sie aber um Indiens willen überhaupt nicht dulden. Von 1899 bis 1905 war Lord Curzon Vizekönig von Indien, ein Mitarbeiter am Imperialismus in der Art wie Chamberlain und Rhodes. Er stellte sich persönlich an die Spitze einer Flottenfahrt, um die Fürsten und Städte am Persischen Meerbusen unter die Oberherrschaft Englands zu bringen. Begleitet von einem Geschwader von vier Kriegsschiffen und drei Kanonenbooten dampfte der Vizekönig mit seiner Gemahlin längs der Küste einher, fast überall mit Ehren begrüßt. Am 18. November 1903 landete er in Masfat, dann auf den Bahreininseln, hierauf zu Roweit, zu Bender-Abbas und auf der Insel von Ormuz. Wenn auch die britische Flagge nicht an allen diesen Orten aufgepflanzt wurde, so war die tatsächliche Oberhoheit Englands nicht mehr bestritten und Rußland dauernd abgewehrt. Mit einem anschaulichen Bilde, wie Curzon es auch sonst zu formen verstand, sagte er in einer zu jener Zeit gehaltenen Rede: Indien gleiche einer Festung, welcher Persien, Afghanistan, Tibet und Siam als Glacis vorgelagert sind. Ähnliche Gesichtspunkte entwickelte der englische Minister des Außern Lord Lansdowne im Oberhause, indem er am 5. Mai 1903 den Persischen Golf als „einen Teil der indischen Grenze“ bezeichnete. In derselben Sitzung fiel Lord Ellenborough den vielbemerkten Ausspruch: „Ich möchte lieber Rußland in Konstantinopel als ein europäisches Arsenal an den Ufern des Persischen Golfs sehen.“ Hiermit war vielleicht zum ersten Male der die englische Politik damals beherrschende Gedanke ausgesprochen: Konstantinopel könnte preisgegeben, aber Indien müßte festgehalten werden. Es war ein Blick in die Kulissen, die einige Jahre später aufgezogen wurden, so daß die Hintergründe aller Welt sichtbar wurden.

*

Österreich-Ungarns innere und äußere Politik

Da der Vertrag mit Japan zu öffentlicher Kenntnis gebracht wurde, war die russische Regierung gewarnt. Sie ist sich zwar bis zum Ausbruche des Krieges in der Mandschurei über den Ernst der Absichten

Japans nicht recht klar geworden, indessen war sie doch so weit auf der Hut, um sich wenigstens in Mitteleuropa vor Überraschungen zu schützen. Das war für alle Fälle notwendig, auch wenn die Grenzen Rußlands im Osten nicht durch einen Krieg, sondern schon durch Drohungen und sonstige Machtentfaltung hinausgerückt werden sollten. Während dieser Zeit mußte auf der Balkanhalbinsel für die Erhaltung der Ruhe gesorgt werden.

Dazu bot Österreich-Ungarn willig die Hand. Nicht bloß weil im Petersburger Abkommen von 1897 mit Rußland vereinbart war, daß die zwei Mächte die auf dem Balkan auftauchenden Fragen gemeinsam erwägen und lösen wollten: es war außerdem über die österreichische Politik Müdigkeit und Enttäugung gekommen, was in den Streitigkeiten der Nationalitäten seine Ursache hatte. Grundübel war das Mißverständnis und die drohende Entfremdung zwischen der Dynastie und den Deutschen Österreichs, dem Stamm- und Kernvolke der Monarchie. Der Liberalismus, dem sie huldigten, dann ihre Opposition gegen die Erwerbung Bosniens wie gegen das Wehrgesetz hatten den Kaiser verstimmt, so daß er von 1879 bis 1899 gegen sie mit den Slawen regierte. In dieser Zeit wurde ihnen im Abgeordnetenhanse die Mehrheit entzogen, die Beamenschaft füllte sich mit ihren Gegnern, in den Städten der gemischtsprachigen Gebiete erlitten sie arge Verluste. Ohne Unterlaß zurückgesetzt, machten sie ihrer Erbitterung 1897 in einer parlamentarischen Obstruktion Luft, welche die Maschine der Gesetzgebung zum Stillstande brachte. Die radikalen Elemente unter den Deutschen wendeten sich vom Staate ab, was sich auch darin äußerte, daß von 1898 an gegen 30 000 Personen zum Protestantismus übertraten, nicht aus religiösen Antrieben, sondern zur Bekundung ihrer Opposition.

Bedrohliche Erscheinungen, die jedoch nicht überschätzt werden durften, da die Staats- und Kaisertreue des deutschen Volkstammes unausrottbar war: der Kaiser hatte es immer in der Hand, durch eine Änderung des Regierungssystems die Herzen auch der Wandenden zu gewinnen und die Deutschen, diese Leibgarde seiner Vorfahren, vollzählig um sich zu scharen. In der Hofburg war man aber durch Jahre der Ansicht, daß der Entgang auf der einen Seite durch die Gewinnung der Polen, Tschechen und Südslawen ersetzt werde: der deutsche Pfeiler ließe sich durch einen slawischen ersetzen. Brach die führende Stellung der Deutschen zusammen und stiegen die Slawen dank ihrer natürlichen geistigen und wirtschaftlichen Entwicklung wie durch die

Gunst der Krone empor, so schien der Ersatz ausreichend. Das Zauberwort der Gleichberechtigung der Nationalitäten sollte neue Kräfte entbinden und sie der Dynastie wie dem Staate nutzbar machen.

Stimmte diese Rechnung, so waren die Träger des Systems, in erster Linie der langjährige Ministerpräsident Graf Eduard Taaffe (1879—1893) gerechtfertigt. Sie hatten ein Recht darauf, nicht nach nationalen Zu- und Abneigungen beurteilt zu werden; ihre Methode war zweckmäßig, wenn die Führer der Slawen sich dem Thron und dem Vaterland opferbereit zur Verfügung stellten, wenn der Staat ihnen ebenso als höches Gut galt wie ihre Nationalität. So und nicht anders hatten es die Deutschen gehalten, von den führenden Geistern an, von Grillparzer und Anastasius Grün bis zu den Bewohnern der letzten Alpenhütte. Da aber war der Hofburg eine widrige Erfahrung beschieden. Die Slawen nahmen alle Zeichen der Gunst als etwas Selbstverständliches hin, in ihrer Mitte aber mehrten sich die radikalen Elemente, die dem Staat immer fremder gegenüberstanden. Auf den panslawistischen Kongressen klagten sie noch immer über Bedrückung und schwärmten für den Anschluß an Rußland, den Befreier. In diesem Geiste wurde unter den Tschechen, Slowenen und Serben die heranwachsende Jugend erzogen.

Es hieße den Ereignissen vorgreifen, wollten wir an dieser Stelle die Entwicklung bis zu dem offenen Abfall von der habsburgischen Monarchie führen, welchen im Weltkriege der Tscheche Masaryk, der Kroat Supilo mit ihren Anhängern vollzogen haben. Aber schon zu Ende des 19. Jahrhunderts standen nur die Polen für die Politik des Kaisers ein, während Tschechen und Südslawen zum guten Teile andere Wege gingen. Wo immer auf der Balkanhalbinsel sich Widerstand gegen Österreich-Ungarn regte, ereiferten sich diese Nationalitäten für die Gegner der Donaumonarchie, zumal in Serbien und Montenegro. Das ging so weit, daß der beste politische Kopf der jungtschechischen Partei, Josef Raizl, Finanzminister im Kabinett Thun, seine Landsleute aufmerksam machte, daß die Tschechen dadurch die Hofburg stutzig machten. Die „verfluchte Balkanpolitik“, so schrieb er am 20. August 1898 einem Freunde, werde noch das Unglück seines Volkes werden.

Das Widerspiel Raizls war der andere Führer der jungtschechischen Partei, Karl Kramarsch. Mehr Slawe als Tscheche führte er durch sein leidenschaftliches Eintreten für Rußland sein Volk irre: er

besonders flößte ihm die Hoffnung auf das Zarenreich als den Hort seiner nationalen Zukunft ein. Er stellte seine treffliche Bildung, seine weiten internationalen Verbindungen in den Dienst des Gedankens, Österreich-Ungarn dem französisch-russischen Bunde als Dritten zuzugesellen und durch diese Koalition zuletzt Deutschland niederzuringen. Seine politische Phantasie verführte ihn zu der Annahme, die Frucht wäre der Reife nahe, was er im Februar 1899 in der „Revue de Paris“ verkündigte, wo es heißt: der Dreibund gleiche einem abgespielten Luxusklavier, man wolle es zwar noch nicht in die Rumpelkammer stellen, aber man spiele nicht mehr darauf¹⁾. Zu dieser Zeit bestand in Prag mit Unterstützung aus städtischen Mitteln ein politisches Preßbureau, das die Blätter des In- und Auslandes mit Artikeln dieses Gedankenganges versorgte; der Bürgermeister von Prag Srb reiste nach Paris zur Verbrüderung bei politischen Festen. Bei der Feier zum Andenken des tschechischen Historikers Palachy im Juni 1898 erschien unter den Teilnehmern der russische General Komarow, der Herausgeber des „Swjet“, in voller Uniform und forderte alle Slawen zur Bekämpfung ihres gemeinsamen Feindes, der Deutschen, auf, „bis die Welle, die sich jetzt gegen das Slawentum heranwölzt, wieder dorthin zurückgeworfen sein wird, woher sie kam“. Die Aufreizung zum Kriege gegen Deutschland, zugleich gegen die Deutschen Österreichs, wurde von der Versammlung mit unendlichem Jubel aufgenommen.

Diese Zustände also herrschten am Ausgange der den Slawen günstigen Regierungsepoche, als Graf Thun Ministerpräsident, Kaiserl Finanzminister war und in Böhmen sich die Linke zur Geheggebung in den Händen der jungtschechischen Partei befand. Die Dinge waren ganz auf den Kopf gestellt. Innerhalb der Regierungspartei wurde die äußere Politik des Staates mit äußerster Hefigkeit bekämpft, wobei Kramarsch und die Seinigen sich des Arguments bedienten, Kaiser Wilhelm strebe nach der Unterwerfung der habsburgischen Monarchie, die Tschechen verteidigten also deren Unabhängigkeit; und für dieses patriotische Werk müßten auch Rußland und Frankreich gewonnen werden. Aber nicht Anhänglichkeit an den Staat, sondern Haß gegen das Deutschtum führte jenen slawischen Führern die Hand. Auf der

¹⁾ In den Büchern des französischen Nationalisten André Chéradame, so in „L'Europe et la question d'Autriche au seuil du XX. siècle“ (Paris 1901) spiegeln sich die Ansichten Karl Kramarsch'. Unbefangenheit dagegen und Gründlichkeit spricht aus dem Buche von Louis Eisenmann, „Le compromis Austro-Hongrois“ (Paris 1904).

anderen Seite waren die Deutschen Österreichs aufs äußerste durch die den Slawen zugewendete Förderung erbittert, zumal, als unter diesen die antiösterreichischen Bestrebungen immer kühner das Haupt erhoben. So also wurde die Treue für Kaiser und Reich gelohnt! Solcher Undank, so erklärten die Alldeutschen, verdiene Abkehr vom Staate, offene Absage an die Machthaber. Indessen glich dieses Grollen nur dem Schaumspritzen aufgewählter Wogen, denn die Hauptparteien der Deutschen Österreichs stellten sich der europäischen Machtstellung des Reiches jederzeit zur Verfügung. Sie unterstützten schon im eigensten Interesse des Deutschtums den Kaiser in der Verteidigung der einheitlichen Armee gegen nationale Eingriffe, sie stimmten auch, in Erkenntnis früher gemachter Fehler, seit 1887 für die Vorlagen zum Ausbau des Heeres, vor allem aber waren sie die Stützen der Bündnispolitik der Monarchie.

Der Widerspruch zwischen der inneren und äußeren Politik brachte es mit sich, daß die Männer, die um diese Zeit an der Spitze der auswärtigen Angelegenheiten standen, der Reihe nach sich gegen die anti-deutschen Methoden der inneren Regierung oder doch gegen deren Übertreibung aussprachen. Graf Julius Andrássy der Ältere war ein ausgesprochener Gegner der Begünstigung der Slawen, und es gehörte zu den Ursachen seines Rücktrittes vom Amte (1879), daß der Kaiser es sich ersparen wollte, den Widerspruch seines Ministers des Außern gegen die innere Regierung zu hören. Graf Kalnoky, Minister des Außern von 1881 bis 1895, trat behutsamer auf als sein größerer Vorgänger und stellte sich mit Saaffe anfangs auf guten Fuß; später aber wies er auf die mißlichen Folgen des Systems des österreichischen Ministerpräsidenten hin. In einer zur Vorlage an den Kaiser bestimmten Denkschrift empfahl Kalnoky, sich jenseits der Leitha auf die Magyaren, diesseits auf die Deutschen zu stützen. Es wäre gefährlich, so heißt es dort, bei den Deutschen Österreichs den Gedanken zum Durchbruche kommen zu lassen, daß sie an dem Deutschen Reiche einen Rückhalt suchen müßten: das hieße den Bestand des Reiches gefährden¹⁾. Folgerichtig trat Kalnoky zuletzt den Gegnern Saaffes bei, als sich gegen ihn in der Frage des Wahlrechts eine parlamentarische Koalition bildete und seinen Sturz herbeiführte. Der nächste Minister

¹⁾ Vgl. den Aufsatz über Kalnoky von H. Friedjung in Vettelheims „Biographischem Jahrbuch“, Jahrgang 1900, S. 370.

des Außern, Goluchowski (1895 bis 1906), hatte als Pole gegen die den Slawen erwiesene Förderung nichts einzuwenden, mußte aber, als die Verwirrung immer höher stieg, gegen das Ministerium Thun auftreten und auf dessen Entlassung hinwirken. Dabei fand er die Unterstützung Lehrenthals, damals Botschafters in Petersburg, der dem Kaiser in einer Denkschrift die Gefahren darlegte, welche die unfreundliche Behandlung der Deutschen Österreichs zur Folge haben müsse. Alle diese Staatsmänner, Deutsche, Magyaren und Polen, gingen von der Rücksicht auf die europäische Stellung der Monarchie aus, die sie erschüttert sahen, wenn die Widersacher des Bündnisses mit Deutschland in fortschreitender Entwicklung zur Macht gelangten. Diesen Vorstellungen und nicht etwa nationaler Vorliebe in dem einen oder dem anderen Sinne gab Kaiser Franz Joseph 1899 Raum, er entließ das Ministerium Thun-Raizl und lenkte in eine mittlere Linie der inneren Politik ein. Auf ihr bewegte sich Ernest von Koerber als Ministerpräsident von 1899 bis 1904, das hervorragendste Verwaltungstalent unter den österreichischen Ministern der Epoche.

Unendlich sind die Verwicklungen, die bei der nationalen Zusammensetzung des Reiches zu überwinden sind, und aus diesem Grunde ist dessen Regierung schwieriger als die irgendeines Landes der Erde. Aber viel ist auch durch den Ueberstand der Machthaber gesündigt worden, nie mehr als zwischen 1879 bis 1899. Damals wurde das Abgeordnetenhaus durch eine Koalition der Slawen, der Klerikalen und des tschechischen Adels beherrscht; die drei historischen Gewalten, Krone, Kirche und Hochadel, verfolgten den Plan, mit Hilfe der Slawen das Übergewicht des deutschen Elements zu brechen. Die slawischen Stämme sollten als Werkzeuge benützt werden, aber die Staatslenker zogen nicht in Betracht, daß die Slawen, sobald der Leitung entwachsen, sich gegen den österreichischen Staat selbst wenden und ihn sprengen könnten. Die Regierungspolitik hatte die Wirkung, daß die Tschechen von der Vorstellung beherrscht wurden, sie könnten sich das Stärkste erlauben, ohne des Schutzes der Hofburg verlustig zu gehen, die ihrer gegen das Deutschtum als Gegengewicht bedürfe. In dieser Gesinnung wuchs die Generation heran, die während des Weltkrieges über die Haltung des tschechischen Volkes entschied. Genug Irrtümer sind auch von den Völkern begangen worden, sie alle, Deutsche wie Slawen, haben durch ihre Unverträglichkeit schwer an sich und an dem Staate gefehlt; aber daneben steht das von den historischen Ge-

walten heraufbeschworene Unheil. Und wohl möglich, daß, wenn die Geschichte dereinst ihr abschließendes Urteil fällen wird, die Schuld der Völker nicht so schwer wiegen wird wie die der Machthaber.

Waren diese Verhältnisse auch mißlich, so irrten doch diejenigen, die von ihnen auf die Wehrlosigkeit der Monarchie bei einem europäischen Zusammenstoße schlossen. Damals spielte sich der nationale Streit noch vorwiegend in der dünnen, intellektuellen Oberschicht ab; die Gegensätze der bürgerlichen Parteien wurden dabei vom tschechisch-feudalen Adel genährt, der seine Vorrechte nicht in Frage gestellt sehen wollte. In den Massen dagegen, unter den Bauern, Gewerbetreibenden und Arbeitern, war der Wunsch nach Frieden vorherrschend. So oft die habsburgische Monarchie von Prüfungen der einen oder andern Art heimgesucht wurde, waren die Propheten ihres unabwendbaren Unterganges schnell zur Hand. Der Präsident der französischen Kammer, Deschanel, sprach in einer Rede von der Sorge, die dem eben anbrechenden 20. Jahrhundert durch das Rätsel erwachse, was an die Stelle der österreichisch-ungarischen Monarchie zu setzen wäre. Trotzdem wurde die Bedeutung des Reiches als Großmacht im Rate der Nationen nicht bestritten. In den Herzen von Millionen lebte die Überzeugung von der Zusammengehörigkeit der Länder und Völker, die Monarchie verfügte in der Armee und in der Beamtenschaft über einen Vorrat an erhaltender Kraft. Ebenso sicherte die ererbte Anhänglichkeit an die Dynastie starke Elemente des Widerstandes für den Fall eines Verteidigungskrieges. Noch schwankte gegen Ende des Jahrhunderts die Wage, ob Österreich-Ungarn, von Deutschland unterstützt, nicht ein entscheidendes Wort bei der Neugestaltung der Balkanverhältnisse würde sprechen können.

*

Russische und österreichische Balkanpolitik Mazedonien

Schlimm war jedoch, daß das Ansehen der Monarchie darob im Auslande sank, und ebenso, daß die Saitkraft ihrer Staatslenker, die sich vom Streite der Nationalitäten umbrandet sahen, gelähmt wurde. Daher die schwächliche Politik der Donaumonarchie in Angelegenheiten der Balkanhalbinsel. Andrassy war der letzte Minister des Außern

gewesen, der hier energisch eingriff; er aber starb 1890 und fünf Jahre später Erzherzog Albrecht, der Sieger von Custoza, der die Ausdehnung der Monarchie für eine ihrer Lebensnotwendigkeiten hielt. Aber schon Kalnofy war bedenklich, Graf Goluchowski endlich ließ sich um des lieben Friedens willen dazu herbei, in Albanien dem italienischen Kabinett das Recht der Mitbestimmung einzuräumen (Seite 163). Ähnlich stand es um Mazedonien. Das Wiener Kabinett verzichtete hier auf selbständiges Handeln und ging mit Rußland ein Kompaniegeschäft ein, durch das der Donaumonarchie die Ausnützung der Verwicklung in Ostasien abgeschnitten wurde. Und dabei war Rußland auf den guten Willen Österreich-Ungarns angewiesen und hätte ihn erkaufen müssen, dieses aber überhob den Nebenbuhler solcher Mühe. Nur wenn die habsburgische Monarchie für selbständiges Auftreten auf dem Balkan nicht mehr stark genug war, konnte diese Politik gebilligt werden. Dieser Ansicht waren freilich während der Amtsführung Goluchowski's nahezu alle politischen Faktoren in Österreich und in Ungarn. Das war aber ein Gefühl politischer und militärischer Schwäche, zu dem ein zwingender Grund nicht bestand.

In Mazedonien, zu dem die drei türkischen Vilajets (Gouvernements) Saloniki, Monastir und Kossowo gerechnet wurden, wohnen die Angehörigen der verschiedenen Nationalitäten buntgewürfelt nebeneinander. Das damals herrschende mohammedanische Element, bestehend aus Osmanen und Albanesen, war in die Christen hineingesprengt, unter denen die Bulgaren der Zahl nach an erster, die Griechen an zweiter, die Serben an dritter Stelle standen. Von 1900 an züngelte der nie erloschene Aufstand wieder empor. Am rührigsten waren die Bulgaren, die ihr Losungswort von dem in Sofia tätigen mazedonischen Komitee erhielten, dessen Oberhaupt Boris Sarafow war. Ihre Banden machten die Berggegenden unsicher, aber eifersüchtig auf deren Erfolge rüsteten auch Griechen und Serben verwegene Scharen zum Kampfe aus. Sie alle wüteten gegen die Mohammedaner, verübten jedoch auch untereinander Gewalttaten. Die türkische Verwaltung war zu schwach, um des Aufstandes Herr zu werden. Schwer gereizt begegnete sie der Revolution durch das Aufgebot des mohammedanischen Landsturms, der Baschi Bosuks, die stellenweise mit Raub und Plünderung, Mordtaten und Einäscherung von Dörfern vorgingen. Die Regierung ließ das zu, doch war es ihr angenehmer, wenn sich die Christen untereinander die Häufe abschnitten.

Alle Teile wandten sich mit ihren Klagen an die Großmächte, die ein gewisses Recht zur Einmischung besaßen, weil nach dem Berliner Vertrag die Pforte zu Reformen der mazedonischen Verwaltung verpflichtet war. Die Verhältnisse waren verwickelt, die Lösung kaum zu finden. Die Mächte wollten vor allem den Bluttaten steuern, deshalb mahnten sie in Sofia, Belgrad und Athen zur Verhinderung der Bandeneinfälle. Die drei Balkanstaaten antworteten mit schönen Versprechungen; auch ließ die bulgarische Regierung an Stelle des selbständig vorgehenden Sarafow 1901 den General Jontschew zum Präsidenten des mazedonischen Komitees wählen, worauf sie versicherte, die nationale Agitation werde fortan bloß durch Kirche und Schule betrieben werden. Sie duldete jedoch, daß Sarafow eine selbständige Organisation ins Leben rief und den Bandenkrieg fortsetzte. Die Aktionsparteien hegten immer die Hoffnung, die russische Regierung werde sich durch die Moskauer und Petersburger Panlawisten für die Befreiung Mazedoniens gewinnen lassen. In dieser Annahme wurden die Bulgaren dadurch bestärkt, daß Ende September 1902 am Schiplapasse eine großartige Feier zur Erinnerung an die 25 Jahre vorher gegen die Türken geführten Kämpfe stattfand, die in der Verbrüderung des großen und des kleinen slawischen Bruders gipfelte.

Diese Huldigung wurde in Petersburg zwar gerne gesehen, aber die russische Regierung dachte nicht daran, sich in einen Balkankrieg verwickeln zu lassen. Damit darüber kein Zweifel aufkomme, reiste der Minister des Außern, Graf Wladimir Lamsdorff, im Dezember 1902 nach Sofia, mahnte hier zur Ruhe und gab auch in Wien in eigener Person die Versicherung friedlicher Absichten. Lamsdorff wollte und mußte die Vertagung der Balkanfrage durchsetzen, da Rußland seine militärischen Kräfte für den fernen Osten benötigte. Die bulgarische Regierung wurde durch Versprechungen und Drohungen zu einer ruhigeren Politik bestimmt, wollte sie sich doch die russische Hilfe für die endgültige Entscheidung nicht verscherzen. Dafür wurde Bulgarien 1902 durch ein Bündnis mit Rußland entschädigt, in dessen drittem Artikel zu lesen war: „Rußland garantiert mit seiner ganzen Macht die Gesamtheit und Integrität des bulgarischen Staates.“ Zum Danke löste die bulgarische Regierung Anfang 1903 beide mazedonischen Komitees in Sofia auf.

Da aber der Bandenkrieg im Sommer wieder auflebte und Fürst Ferdinand von Bulgarien erklärte, er könne sein ungeduldiges Volk

nicht länger im Zaume halten, da Überraschungen also immer möglich waren, schlug die russische Regierung der österreichischen vor, man solle gemeinsam an die Reform der Verwaltung und an die Herstellung geordneter Verhältnisse in Mazedonien gehen. Damit erklärte sich das Wiener Kabinett einverstanden und beauftragte den Botschafter in Petersburg Lehrenthal mit der Führung der Verhandlungen. Früher einmal hatte Gladstone den Vorschlag gemacht, man solle in Mazedonien ein autonomes Gemeinwesen unter dem Sultan als Souverän einrichten; an die Spitze der selbständigen Landesverwaltung wäre ein von den Großmächten bestellter christlicher Generalgouverneur zu stellen; unter diesem hätte jedes Bekenntnis und jeder Volkstamm seine Schulen und Kirchen gesondert zu verwalten. Dieser Plan war jedoch nur ins Werk zu setzen, wenn der Sultan durch Waffengewalt zur Einwilligung genötigt wurde; denn die Autonomie Mazedoniens bedeutete für die Pforte den Verzicht auf die Provinz. Einen Krieg aber wollten Österreich-Ungarn und Rußland vermeiden. Was wäre übrigens gewonnen gewesen, wenn Mazedonien ein selbständiger Staat würde? Dann hätten Christen und Mohammedaner, Bulgaren, Griechen und Serben auch weiter gegeneinander gewütet. Die zwei führenden Großmächte gingen also einen Mittelweg und machten den Versuch, die Regierungsgewalt der Pforte mit den Ansprüchen der christlichen Nationalitäten in Einklang zu bringen. Nachdem dieser Reformplan der Hauptsache nach festgestellt war, reiste der Zar mit Lambsdorff zum Besuch des Kaisers Franz Joseph nach Österreich, wo sie vom 30. September bis zum 3. Oktober 1903 blieben. Auf dem steierischen Jagdschloße Mürzsteg kam es dann zwischen Lambsdorff und Goluchowski zur Einigung und zur Unterfertigung eines Abkommens.

Die Lösung, auf die man verfiel, war sehr verwickelt. Da sich die Pforte aus Mazedonien nicht hinauskomplimentieren ließ, wurde die Souveränität des Sultans aufs neue anerkannt, und, was die Hauptsache war, die türkischen Truppen blieben im Lande; selbst die Ausführung der Reformen wurde den türkischen Beamten, in erster Linie dem Generalgouverneur Hilmi Pascha übertragen. So weit war die Pforte einverstanden. Um aber auch für die Christen etwas zu tun, sollten dem Generalgouverneur ein österreichisch-ungarischer und ein russischer Zivilagent an die Seite gesetzt werden. Diese zwei Herren waren jedoch nur zu Beratern bestimmt, hatten das Land zu bereisen und die Abstände festzustellen, sie mußten aber ihre Vorschläge dem

türkischen Gouverneur zur Ausführung bekanntgeben. Am meisten versprach man sich von der Organisation einer einheimischen Gendarmerie unter europäischen Offizieren, um an Stelle der unfähigen türkischen Polizei Recht und Ordnung aufrechtzuerhalten. Das alles sollte zunächst für zwei Jahre gelten. Der Türkei wurde übrigens die Verpflichtung auferlegt, die von ihren Truppen eingäscherten Ortschaften, Häuser, Kirchen und Schulen wieder aufzubauen und die vertriebenen Bewohner zurückzuführen.

Das alles sah auf dem Papier recht gut aus, und die Kabinette von Wien und Petersburg erhielten von den anderen Mächten das Mandat zur Durchführung der Reform. Die Pforte machte noch Schwierigkeiten, es wurde ihr aber von allen europäischen Botschaftern mehr oder weniger kräftig ins Gewissen geredet, so daß sie am 10. November 1903 ihre Einwilligung gab. Die Zivilagenten wurden ernannt, die Gendarmerie eingerichtet. Das Ergebnis war jedoch geringfügig. Das beste war noch, daß bis März 1904 von den 10 000 verbrannten Häusern 6000 auf Kosten der Regierung wieder aufgebaut wurden. Sonst aber änderte sich so gut wie nichts. Der Generalgouverneur war zwar wohlmeinend und klug, aber die Verwaltung blieb so faumselig wie früher. Von Stambul aus wurde den Reformen passiver Widerstand entgegengesetzt, weil Sultan Abdul Hamid nicht ohne Grund besorgte, Europa wolle ihm die Zügel entwenden. Bulgaren, Griechen und Serben gaben ihre Eroberungsabsichten nicht auf, jeder ihrer Geistlichen und Lehrer war ein politischer Agitator, und nach einem oder zwei Jahren ging, von den Balkanregierungen geduldet und auch genährt, wieder ein frischer, fröhlicher Vandenkrieg los.

Rußland hatte jedoch Zeit gewonnen. Während seines Krieges mit Japan 1904 und 1905 machte ihm das Balkanproblem keine Sorge. In Wien war man gleichfalls zufrieden, sah mit einem gewissen Fatalismus dem Zusammenbruche der türkischen Herrschaft entgegen, wollte ihn aber hinauschieben, bis die Donaumonarchie mehr zu Kräften gekommen wäre. Die Sturmeszeichen auf der Balkanhalbinsel mehrten sich, was den Grafen Goluchowski jedoch in seiner günstigen Auffassung der Sachlage nicht erschütterte. Als König Alexander I. von Serbien nach seiner Ehe mit der Abenteuerin Draga Maschin, 1900, seinen Vater König Milan, den besten Freund Österreichs, in die Verbannung trieb, wurde diesem in Wien Zuflucht gewährt; im Jahre darauf starb Milan und wurde auf ungarischem Gebiete im serbischen Kloster Kru-

schadol begraben, wie der König in seinem letzten Willen bestimmt hatte. Ebenso ruhig wurde in Wien die Ermordung Alexanders I. (11. Juni 1903) und die Thronbesteigung des Peter Karageorgiewitsch hingenommen. Die österreichisch-ungarische Regierung ließ durch das „Fremden-Blatt“ am Tage darauf erklären, der Wechsel der Dynastie in Serbien berühre das habsburgische Reich nicht; dieses lege bloß Wert darauf, auch mit dem Hause Karageorgiewitsch in guten Beziehungen zu stehen. Nur als Serbien mit Bulgarien 1903 die Grundlinien einer Zollunion vereinbarte, durch welche Österreich-Ungarn handelspolitisch vom Balkan ausgeschlossen worden wäre, fuhr das Wiener Kabinett scharf dazwischen und erzwang die Auflösung des Vertrages. Die Symptome wurden bekämpft, weil man es sich ersparen wollte, auf dem Balkan das Messer des Chirurgen zu gebrauchen. Die Reden des Grafen Goluchowski in den Delegationen atmeten Selbstzufriedenheit, besonders die vom Dezember 1903, in welcher das Abkommen von Würzsteg erörtert wurde. Der Minister des Außern erteilte damals den Balkanstaaten gute oder schlechte Zensuren, je nachdem jeder sich zur mazedonischen Reform stellte. Die Pforte und Bulgarien kamen schlecht weg, besser Griechenland, am besten Rumänien. Die 1903 zu Würzsteg beschlossene Organisation wurde nach Ablauf zweier Jahre auf Grund neuer Vereinbarungen aufrechtgehalten und fristete bis 1908 ihr armseliges Dasein; in diesem Jahre brach die jungtürkische Revolution aus, worauf die Mächte erklären konnten, nun werde die frei gewordene Türkei selbst für die Beruhigung ihrer Völker sorgen. Auch in Wien war man froh, die sogenannte Reform wieder vom Halbe zu haben.

Graf Agenor Goluchowski, von 1895 bis 1906 Minister des Außern, war lebhaft und leichtblütig und stand unter der Herrschaft des ersten Impulses. Als großer Herr überließ er die Arbeit gemeinhin seinen Beamten und behielt sich nur die wichtigeren Entscheidungen vor. Seine Auffassung war rasch, aber es war nicht seine Sache, einen Gedankengang streng festzuhalten und bis zu den letzten Konsequenzen zu verfolgen. Unangenehmen Schlußfolgerungen entzog er sich mit der Miene eines Mannes, dem jede Pedanterie fernliegt: so glitten sachliche Gründe an ihm leicht ab. Doch war die Ablehnung nicht verletzend, da er zu gute Umgangsformen besaß, um nicht aufmerksam zuzuhören. Diese Gabe wie die weltmännische Art der Antwort haben ihm auch in den parlamentarischen Körperschaften Freunde gemacht.

Eine große Auffassung über Richtung und Ziele der allgemeinen Politik fehlte ihm, aber sein angeborener Takt behütete ihn gewöhnlich vor Verstößen. Zwischen seinem lebhaften Naturell und seiner Vorsicht in der Führung der Geschäfte lag ein gewisser Widerspruch. Sein Verstand zeigte ihm eben die Strudel und Tiefen, in denen er bei seiner beschränkten Schwimmkunst leicht versinken konnte. Er hielt sich mit Vorliebe an der Badeseite und wagte sich nur so weit ins offene Wasser, daß er mit den Füßen noch den Grund erreichen konnte. Er bewegte sich dabei mit geräuschvoller Lebhaftigkeit, so daß er im diplomatischen Verkehr den Eindruck voller Sicherheit hervorrief. Es muß aber festgestellt werden, daß die Politik Goluchowski in Österreich wie in Ungarn gebilligt wurde, weil sie dem Reiche Verwicklungen ersparte; auch den europäischen Kabinetten war sie angenehm, weil die Monarchie Enthaltksamkeit übte, während alle anderen Mächte von dem Drange nach Ausdehnung getrieben wurden. Es war nur die Frage, wie lange Österreich-Ungarn jedermanns Freund bleiben konnte.

*

Ausbruch des russisch-japanischen Krieges

Die russische Diplomatie glättete also in Europa die Schwierigkeiten, um in Ostasien rüstig ausgreifen zu können, war aber weit entfernt, einen Krieg mit Japan nahe zu glauben. Sie traute dem kleinen Gegner die Kühnheit eines raschen Entschlusses nicht zu. Eine hinhaltende Politik schien auszureichen, obwohl das Petersburger Kabinett von den Rüstungen Japans genügend unterrichtet wurde. Der russische Militärbevollmächtigte in Tokio war auf der Hut, der Gesandte Baron Rosen machte aufmerksam, daß, da nach dem japanischen Flottenplan die auf Kiel gelegten Panzerschiffe 1902 fertig wurden, Nippon in diesem Zeitpunkte wohl loszuschlagen könnte.

Nach dem Abschlusse des englisch-japanischen Bündnisses erfolgte seitens des Petersburger Kabinetts ein Gegenzug. Es bestimmte die Französische Republik zu der amtlichen Erklärung vom 16. März 1902, in der es hieß, daß die zwei Mächte den bestehenden Zustand in Ostasien aufrechterhalten wollten, wenn China oder Korea bedroht

wäre. Nach dem mandschurischen Kriege machte man in Frankreich Delcassé den Vorwurf, er hätte den russischen Freund von seinen ostasiatischen Eroberungsplänen abbringen, nicht aber die Hilfe Frankreichs in Aussicht stellen sollen; war doch die russische Allianz für die Republik wertlos, wenn das Zarenreich sich in das ferne Abenteuer stürzte. Diese nachträgliche Kritik überschätzte jedoch das Gewicht Frankreichs in Petersburg, wo man nur einen Geldgeber und Gefolgsmann brauchen konnte, nicht aber einen mitbestimmenden Bundesgenossen.

Es war für Rußland kein Kleines, sich auf einen Krieg im fernen Osten einzulassen, wohin Truppen und Kriegsggerät nur mit Mühe gebracht werden konnten. Von den Ratgebern des Zaren waren deshalb Lamsdorff und Finanzminister Witte der Ansicht, der Bruch mit Japan wäre am besten zu vermeiden. Das Haupt der Kriegspartei wieder war Vizeadmiral Eugen Alexejew, der Befehlshaber der Flotte im Großen Ozean. Er hatte die Kenntnis Hinterasiens für sich, da er 1898 Port Arthur besetzt, dann im Kriege gegen China mitgewirkt hatte; von Port Arthur, seinem gewöhnlichen Amtssitz, war ihm die genauere Beobachtung der Rüstungen Japans möglich. Er traute Nippon nicht den Wagemut zum Angriff zu und hielt auch die russische Flotte für stark genug, die Landung der Japaner in Korea oder in der Mandchurei zu verhindern. Denn die auf den russischen Werften gebauten neuen Kriegsschiffe wurden regelmäßig nach dem fernen Osten geschickt.

Zunächst überwog im Räte des Zaren die Neigung zum Frieden, vielleicht weil die Rüstungen Rußlands nicht weit genug vorgeschritten waren. Die Regierung lenkte also etwas ein. Sie schloß am 8. April 1902 mit China einen Vertrag, demgemäß die Mandchurei binnen anderthalb Jahren in drei Fristen von den russischen Truppen geräumt werden sollte. So wartete Japan die weitere Entwicklung noch ab. Es gingen aber zwei halbjährige Fristen vorüber, ohne daß der Vertrag in seinen Hauptbestimmungen eingehalten wurde; nur aus Mukden zogen die Russen ab. Die Räumung der Hauptstadt der Mandchurei hatte ihren Grund in einem gewissen Schwanken des Petersburger Kabinetts. Die Unsicherheit nahm ein Ende durch die Beschlüsse des am 19. Juni 1903 abgehaltenen Ministerrates. Es wurde stimmeneinhellig entschieden, die Mandchurei noch durch drei Jahre besetzt zu halten. Antragsteller war der Kriegsminister Kuropatkin, der mit seinen Amtsgenossen der Ansicht war, so lange werde

Rußland noch Zeit zum Überlegen haben. Außerdem erließ der Zar am 12. August 1903 einen folgenreichen Befehl. Es wurde eine Statthaltertschaft des fernen Ostens eingesetzt und Alexejew zu deren Oberhaupt wie zum Befehlshaber aller Streitkräfte daselbst, des Heeres wie der Flotte, erhoben.

Ungefähr von diesem Zeitpunkte war Japan zum Kriege entschlossen, da es nicht abwarten wollte, bis Rußland stark genug war, um seinerseits über den Nebenbuhler herzufallen. Wohl dauerten die Unterhandlungen noch fort, aber im August 1903 stellte Nippon wesentlich schärfere Bedingungen. Es bot nicht mehr die Teilung der Macht in Ostasien an, sondern wollte Korea für sich haben, den Russen nicht einmal die südliche Mandschurei überlassen. Japan verlangte geradezu die Räumung der Mandschurei, die den Chinesen zurückzugeben wäre.

Rußland stand am Scheidewege. Kuropatkin und Witte haben einander nach dem Kriege wechselseitig den Vorwurf gemacht, der eine habe die friedfertigen Ratschläge des anderen zum Scheitern gebracht. Indessen haben es wohl beide an Nachdruck fehlen lassen, da sie den Zaren von der Absicht erfüllt sahen, sich zum Herrn Ostasiens zu machen¹⁾. So kam es, daß der entscheidende Ministerialbeschuß vom 27. Oktober 1903 wieder einstimmig gefaßt wurde. Darin war ausgesprochen, „daß zweifelsohne die Mandschurei in Zukunft entweder dem russischen Reich einverleibt oder in volle Abhängigkeit von ihm gebracht werden soll“. Es war halt- und belanglos, daß Kuropatkin mit dem Vorbehalt zustimmte, man dürfe nichts übereilen und solle die natürliche Entwicklung der Dinge in der Mandschurei nicht beschleunigen; der Kriegsminister erklärte ferner nur die nördliche Mandschurei für Rußland unentbehrlich. Japan verlangte ein klares Ja oder Nein, das Gutachten Kuropatkins diene also nur dazu, die eigene Verantwortlichkeit zu vermindern. Abri gens wurde unmittelbar darauf, am 30. Oktober, Mukden wieder von russischen Truppen besetzt, also auch der Süden der Mandschurei festgehalten. Nun konnte das Petersburger Kabinett überhaupt nicht mehr zurück.

¹⁾ Gegen die Anklage Kuropatkins in seinem Rechenschaftsbericht — von welchem noch die Rede sein soll — schrieb Graf Witte das Buch „Erzwungene Aufklärungen“ (Deutsche Übersetzung. Wien und Leipzig 1911). Wichtig ist für die politische Vorgeschichte des Krieges der 1. Band des russischen Generalstabswerks, der im Ministerium des Äußeren ausgearbeitet wurde. Einiges auch in „Rußland als Großmacht“ vom Fürsten G. Trubezkoi.

Man hat viel von der Friedensliebe des Zaren gesprochen, auch davon, daß ihm ebenso wie seinen Ministern die Dinge über den Kopf gewachsen wären. Derartige Stimmungen und Neigungen haben aber keinen Wert, wenn die handelnden Menschen Dinge tun, die ihren angeblichen Absichten zuwiderlaufen. Indem der Zar und seine Ratgeber die Mandschurei zu behalten beschlossen, steuerten sie in den Krieg. Jeder nicht ganz törichte Monarch oder Staatsmann wird Provinzen lieber ohne als mit Blutvergießen gewinnen wollen. Friedrich II. wäre zufrieden gewesen, wenn ihm Schlesien ohne Schwertstreich überlassen worden wäre, ebenso Chamberlain, wenn sich die Buren freiwillig unterworfen hätten. Da sie aber entschlossen waren, es auf einen Krieg ankommen zu lassen, so ist es ein Spiel mit Worten, von ihren entgegenkommenden Vorschlägen zu sprechen. Für das Geschehen kommen nicht die Neigungen und Wünsche, sondern die Taten in Betracht. Huldigte aber Zar Nikolaus der Ansicht, die Mandschurei sei Rußland unentbehrlich, so wäre es ersprißlicher gewesen, in der Theorie weniger pazifistisch zu sein und dafür den Krieg besser vorzubereiten. Eine halbe Friedenspolitik ist schädlicher als Eroberungswünsche, die man sich aufrichtig eingesteht.

Bemerkenswerter als jene Sentimentalitäten war der politische Streit über Gegenwart und Zukunft Rußlands, der in diesen Jahren nebenherlief. Die Ansichten darüber, ob für die russische Nation der ferne Osten oder die Balkanhalbinsel wichtiger sei, standen sich schroff gegenüber. Rußer im Kampfe für die asiatische Mission Rußlands war, wie wir wissen, Fürst Esper Uchtomskij, der Vertrauensmann des Zaren und Herausgeber der Petersburger „Wjedomosti“, daneben Direktor der Russisch-Chinesischen Bank. Er wurde nicht müde, für die Ausdehnung im Osten zu wirken und gleichzeitig zu empfehlen, Rußland solle zu diesem Behufe mit Deutschland und Österreich-Ungarn gute Nachbarschaft halten. Allerdings müsse Deutschland auf die Bagdadbahn und auf Vorderasien verzichten. Uchtomskij faßte große Dinge ins Auge. „Asien ist seinem ganzen Umfange nach“, so sagte er in einer 1900 veröffentlichten Schrift, „im vollen Sinne des Wortes nichts anderes als ein Stück Rußlands.“ Und an einer anderen Stelle ist zu lesen: „In Asien gibt es für uns in Wirklichkeit keine Grenzen und kann es auch keine geben.“ In jener Schrift rät er, China dadurch zu gewinnen, daß Rußland ihm gegen die anderen Völker Europas und gegen Japan Hilfe leiste; er warnt die Lenker des Zarenreiches dringend,

sich an der Bestrafung der Boger zu beteiligen¹⁾. Das sind in der Tat die Richtlinien der russischen Politik vor dem Kriege mit Japan geblieben. Uchtomskij war zudem der Ansicht, die Russen seien schon deshalb die natürlichen Führer und Freunde der mongolischen Rasse, weil in ihrem Blute viel finnische und mongolische Blut fließe: das eine als Erbe der finnischen Ureinwohner des nördlichen Rußlands, das andere seit der Herrschaft der goldenen Horde vom 13. bis zum 16. Jahrhundert. „Es ist absurd,“ das ist ein Kernsatz in der erwähnten Schrift, „hartnäckig die unleugbare Tatsache verkennen zu wollen, daß die Russen im Grunde genommen Asiaten (Mongolen) sind und daß das Slawische nur ein wenig bedeutender Anstrich auf dem Bau der Nation ist. Man sollte sich daher von den veralteten Vorurteilen gegen das Mongolische frei machen, jenes konstitutive Element, dem Rußland seine Größe verdankt und aus dem seine historische Mission entspringt²⁾.“

Die Anhänger des Panlawismus waren über diese Lehrmeinungen höchst aufgebracht. Das bedeutete die Zertrümmerung ihres nationalen Götzenbildes, die Preisgebung der slawischen Brüder in Österreich-Ungarn und in der Türkei. Sie wendeten ein, daß Rußland den Überlieferungen Peters des Großen und Katharinas nicht untreu werden dürfe. Sie wurden nicht müde, die Nation auf Konstantinopel und die Öffnung der Meerengen hinzuweisen; von diesem Ziele dürfe sie sich nie ablenken lassen. Das Hauptorgan dieser Partei war die von Alexej Suworin herausgegebene „Nowoje Wremja“ (Neue Zeit). Suworin war ein Geschäftsmann großen Stils; er hielt sich in inneren Fragen zur Regierung, der zuliebe er den Liberalismus bekämpfte; aber in den äußeren Angelegenheiten stand er zum Verdrusse des Zaren Nikolaus in der Opposition. In der Bekämpfung von Rußlands asiatischer Politik schrieb die „Nowoje Wremja“ im April 1901: „Was wir wollen, das ist das Wohl des Slawentums und der Ausgang zum Schwarzen Meer; kein Port Arthur, kein Schanheitwan oder Peiho kann uns den Bosphorus ersetzen.“ In einem Programmartikel vom 18. September 1902 sprach das Blatt von der stufenweisen Wichtigkeit der Ausdehnungspläne Rußlands und stellte die Reihenfolge fest: in erster Linie müsse es an die Dardanellen vordringen; wenn dies

¹⁾ So nach Th. Schiemann, „Deutschland und die große Politik“ 1902, S. 22.

²⁾ Aber diese Kernfrage der Natur des Russentums siehe Stanislaus von Smolka, „Die russische Welt“ (Wien 1916), S. 28—30, 213—219.

nicht ginge, an den Persischen Meerbusen, und erst zuletzt komme die Mandschurei in Betracht. Die Regierung, so heißt es weiter, beging aber den Fehler, die Reihenfolge umzukehren, was zur Folge hatte, daß Deutschland sich in Konstantinopel und an der Bagdadbahn festsetzte. Die Nichtbefolgung der Warnungen vor den asiatischen Entwürfen beweist am besten, daß diejenigen irrten, die dem Panlawismus beherrschenden Einfluß auf die russische Regierung zuschrieben. Da diese, in erster Linie Zar Nikolaus, sich anderen Ideen zuwandten, waren die Slawophilen machtlos. Sie hatten die traurige Genugtuung, das Scheitern der asiatischen Entwürfe Rußlands mit ansehen zu müssen, von denen sie abgeraten hatten.

Anders als in Rußland waren in Japan Regierung und Volk einig in dem, was sie wollten, und sie wollten es ganz. Der öffentlichen Meinung ging das amtliche Japan nicht rasch, nicht kraftvoll genug vor. Der antirussische Verein, an dessen Spitze sieben Professoren der Universität Tokio standen, drängte zum Kriege. Ein Bund zum Schutze des Ostens wurde gegründet, der das Ziel verfolgte, die Chinesen zum Kampfe wider die Gegner der gelben Rasse zu gewinnen. Im Dezember 1903 forderte das Parlament den Bruch mit Rußland und beschloß ein Sabelsvotum gegen das Ministerium in der Annahme, dieses stelle durch sein Zögern das Vaterland bloß. Darauf löste die Regierung die Volksvertretung auf, weil sie den Schleier nicht lüften wollte. Sie verhandelte noch mit dem Kabinett von Petersburg, aber nur, um unterdessen zu Wasser und zu Lande fieberhaft zu rüsten. Lambsdorff machte ihr den Entschluß leicht, da er dem japanischen Gesandten Kurino hochmütig erklärte, über die Mandschurei spreche er nicht mehr mit ihm, da dieses Land nur Rußland und China angehe. Korea, so meinte er, könne der japanischen Oberhoheit überlassen werden mit Ausnahme einer neutralen Zone. Mit diesem Zwischengebiet hatte es eine eigene Bewandnis: die großen Wälder daselbst waren von einer russischen Gesellschaft erworben worden, an welcher der Staatssekretär Besobrasow und Personen des Hofes beteiligt waren. Wie zum Hohne für Japan schickte diese Gesellschaft russische Offiziere und Soldaten, die der Form nach ihre Entlassung aus dem Heere erhalten hatten, in die neutrale Zone, angeblich zur Bewachung der Wälder. Am 13. Januar 1904 machte Japan in Petersburg seine letzten Vorschläge, auf die keine Antwort mehr erfolgte. Dann überreichte der japanische Gesandte am 6. Februar 1904 eine Note, in welcher der Abbruch

der diplomatischen Beziehungen angezeigt wurde. Daß war der Krieg, den man in Petersburg nicht so nahe geglaubt hatte. Unmittelbar darauf wurde in Port Arthur ein entscheidender Schlag gegen die russische Flotte geführt. Der umsichtigen diplomatischen und militärischen Vorbereitung entsprachen die Japan zufallenden Erfolge.